

V0390/21

**Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes;  
Gemeinschaftsantrag (V0273/21) der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der  
SPD sowie der Stadtratsgruppe DIE LINKE  
(Referent: Herr Hoffmann, Herr Müller, Herr Engert und Herr Fleckinger)**

**Ausschuss für Kultur und Bildung vom 01.07.2021**

*Der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 30.03.2021 V0273/21 und der Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 20.05.202 V0426/21 sowie die Beschlussvorlagen der Verwaltung V0390/21 und V0390/21/1 werden gemeinsam behandelt.*

Stadträtin Volkwein findet einen Arbeitskreis in diesem Fall für eine opportune und gute Sache. Obwohl man aktuell andere Sorgen habe, sollte man die in der Vorlage geschilderten markanten Namensnennungen vielleicht doch in Angriff nehmen. Stadträtin Volkwein beschreibt eine Lösung aus Berlin, welche sie ganz charmant findet. Dort soll unter Straßennamen grundsätzlich ein kleines Täfelchen stehen, welches den Namen erkläre. So etwas könne sie sich für normale Fälle gut vorstellen. Es gebe auch andere Städte die ihre Straßennamen umbenannt haben. Nach Aussagen von Stadträtin Volkwein habe München die Bischof-Meiser-Straße in „Katharina-von-Bora-Straße“ umbenannt. Mal wieder einen Frauennamen zu hören, erfreue sie noch mehr.

Wobei Katharina von Bora auch eine Tochter ihrer Zeit war, merkt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an. Sie möchte das Thema aber jetzt nicht vertiefen.

Stadtrat Dr. Schickel sagt, grundsätzlich begrüße er den Vorschlag der Verwaltung. Unter Punkt 3 des Antrages der Verwaltung würde er jedoch gerne noch die „Wickstraße“ mitaufnehmen, die sich ebenfalls im sogenannten Fliegerviertel befinde. Es handle sich hierbei um einen Kampfflieger des zweiten Weltkrieges, bei dem aber irrtümlich ständig angegeben werde, dass er ein Jagdflieger des ersten Weltkrieges sei. Weiter regt Stadtrat Dr. Schickel an, im Bereich des Fliegerviertels an zentraler Stelle eine größere Informationstafel zu errichten. Hierfür biete sich in seinen Augen die Herz-Jesu-Kirche an. Es gebe Namen, welche einen Bezug zu Ingolstadt haben, aber die nicht jedem geläufig seien. Insofern beantragt Stadtrat Dr. Schickel den Antrag um diese beiden Punkte zu erweitern. Außerdem weist er darauf hin, dass es in vielen Stadtvierteln bereits diese kleinen Erklärungstäfelchen unterhalb der Straßennamen gebe.

Herr Hofmann sagt, er kenne die Person Wick nicht. Den Namen werde man aber gerne mit überprüfen lassen.

Auch die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen findet die Verwaltungsvorlage gut, gibt Stadträtin Krumwiede bekannt. Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen ziele darauf ab, einen Prozess anzustoßen, um ein Bewusst für die Auseinandersetzung der Straßennamen zu schaffen, erklärt sie. Nach ihren Worten sollen sich die meisten

Großstädte in Deutschland dem Prozess schon gestellt haben. Zur Veranschaulichung beschreibt Stadträtin Krumwiede Beispiele, wie die Stadt München eine „Entnazifizierung“ von Straßennamen umgesetzt habe. Besonders froh sei sie über den Kriterienkatalog des Deutschen Städtetages in der Anlage der Beschlussvorlage. Daraus zitiert sie, dass Straßennamen nach Personen benannt werden, die es würdig seien geehrt zu werden. Aus heutiger Sicht seien dies viele Straßennamen in Ingolstadt garantiert nicht. Sie ist der Meinung, dass es im Umgang damit ein großes Spannungsfeld gebe. Einerseits verhöhne man die Opfer, wenn man die Täter ehre, andererseits gehe es darum, die Erinnerung an die Täter wach zu halten, damit ihre Untaten nicht vergessen werden. Zentral in diesem Prozess sei für Stadträtin Krumwiede eine offene Debatte zu führen. Auch die weiterführenden Schulen seien ihres Erachtens gefragt Bildungs- und Vermittlungskonzepte zur Auseinandersetzung mit den Namensgebern zu erarbeiten. Anders als in der Vorlage angedeutet, glaubt sie nicht, dass Hinweisschilder und QR-Codes in jedem Fall ausreichend seien. Der Erkenntnis, dass jemand aus heutiger Sicht zu Unrecht geehrt werde, müsse Konsequenzen haben. Bereits in jüngerer Zeit seien wegen einer NS-Belastung Straßen in Ingolstadt umbenannt worden, betont sie. Bezüglich der Kommission beantragt die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, dass der Stadtrat über die Besetzung der Kommission abstimme. Zudem sollte man sich überlegen, ob man Vertreter/innen der Fraktionen in die Kommission mitentsenden wolle. Hierfür müsse man das Rad nicht neu erfinden, sondern könne auf die Expertise aus anderen Städten aufbauen, schlägt sie vor. Man könne z.B. einen Vertreter aus dem Expertengremium in München als Mitglied in die Ingolstädter Kommission mitaufnehmen oder zumindest dort mal zu Gast sein lassen. Weiter referiert Stadträtin Krumwiede, dass sie noch nie so viele E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern zu einem Antrag bekommen habe. Nach ihren Worten handle es sich ausschließlich um E-Mails unterstützender Art und Weise. Sie habe viele Anregungen zur Änderung von Straßennamen bekommen, welche im Gemeinschaftsantrag nicht aufgeführt seien. Dies deute auch darauf hin, wie viel potenziell historisch belastende Straßennamen es in Ingolstadt gebe. Abschließend zeigt Stadträtin Krumwiede exemplarisch anhand Hans Pfitzner, wie andere Städte mit ihm als Straßennamensgeber umgegangen seien. In den letzten 10 Jahren sei die Pfitznerstraße in Hamburg, Hamm, Münster, Lübeck und Wiesbaden umbenannt worden. In Graz, Hannover, Düsseldorf und Salzburg habe es jeweils vor kurzem Expertenkommissionen gegeben, die eine Umbenennung der Pfitznerstraße dringend empfehlen. Vielleicht ja auch bald in Ingolstadt, hofft sie.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass die Vorlage der Verwaltung bereits den Passus beinhalte, dass zu gegebener Zeit eine Sitzungsvorlage zur Besetzung der Kommission zu erstellen sei.

Stadtrat Dr. Schumann sagt, das Thema sei ein sehr sensibles Feld. Die Frage sei, was wiege mehr: Die Verdienste der damaligen Künstler oder deren Unterstützung des Nationalsozialismus? Zur Veranschaulichung bezieht sich Stadtrat Dr. Schumann auf die beiden Komponisten Richard Wagner und Richard Strauß. Auch ein interessanter Hinweis sei, dass der Architekt, der öfter bei den Kammerspielen in Erscheinung trete, ein Nachfahre von Ewald Kluge sei. Man kenne den Grund und die Situation, weshalb sich damals viele dem Nationalsozialismus verschrieben haben. Stadtrat Dr. Schumann spricht sich gegen eine Umbenennung von Straßennamen aus und kritisiert gleichzeitig den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion. Er vertraue darauf, dass es eine kompetente Kommission geben werde, welche die Angelegenheiten untersuche und schlägt vor, sich auf nationalsozialistischer Zeit zu beschränken. Insofern stimme er der Vorlage der Verwaltung zu.

Herr Hoffmann antwortet, dass die Verwaltung es ähnlich wie Stadtrat Dr. Schuhmann sehe und deshalb unter Nr. 4 des Antrages festgelegt, dass sich die Arbeit der Kommission auf die Sichtung und Beurteilung der Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Zeitepoche des dritten Reiches beschränken solle. An Stadträtin Krumwiede gerichtet, teilt Herr Hoffmann mit, dass für die Ein- bzw. Besetzung der Kommission eine separate Beschlussvorlage erstellt werde, über welche der Stadtrat beschließen soll.

Stadtrat Dr. Schickel findet auch, dass man sich auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränken sollte, so wie es in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen werde. Irgendwo müsse man Grenzen ziehen.

Stadtrat Over stimmt Stadtrat Dr. Schuhmann zu. Es sei eine komplizierte Problematik. Durch Zufall sei er auf Joseph Beuys gestoßen und habe sich gedacht, wo ziehe man eine Grenze. Er sei ein großer Fan von Joseph Beuys und der konkreten Kunst. Auch Joseph Beuys sei jedoch in der Hitlerjugend gewesen. Stadtrat Over ist strikt gegen eine Umbenennung von Straßen und werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

*Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0390/21:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

*Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion V0390/21/1:*

Gegen 2 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.